

Für Humanität UND Ordnung:

Illegale Migration stoppen - jetzt gemeinsam handeln



Dennis Thering

Vorsitzender CDU Hamburg

Im Jahr 2023 werden etwa 300.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland stellen. Die aktuelle Migration überfordert Länder, Städte und Gemeinden bei Unterbringung und Versorgung. Sie überlastet unser Land bei der notwendigen und gebotenen Integration. Bürgermeister, Landräte und Ministerpräsidenten schlagen seit Monaten Alarm. Die Bundesregierung darf die Kommunen und die Bundesländer nicht länger im Stich lassen.

Wir brauchen eine Trendwende in der Migrationspolitik

Entschlossenes und gemeinsames Handeln sind das Gebot der Stunde. Für die CDU ist klar: Die Zahlen müssen runter. Nur dann sind Humanität UND Ordnung gewährleistet. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Ministerpräsidenten fordern die Bundesregierung seit geraumer Zeit zu konkreten Maßnahmen auf. Friedrich Merz hat die Unterstützung auf dem Weg zu einer gemeinsamen Lösung des Problems angeboten und - auch vor der letzten Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November - ganz pragmatische Vorschläge dazu gemacht. Bisher sperren sich der Bundeskanzler und die Ampel-Regierung jedoch gegen einen Durchbruch in der Migrationspolitik.

Vorschläge der Union zur Begrenzung illegaler Migration

Es gibt Maßnahmen, die wir in Deutschland allein umsetzen können und solche, die wir auf europäischer Ebene mit unseren Partnern in der EU voranbringen müssen.

Die CDU unterstützt einen gemeinsamen „Deutschlandpakt Migration“.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Maßnahmen und gesetzliche Veränderungen umzusetzen, die dabei helfen, die illegale Migration tatsächlich wirksam, zügig und nachhaltig beenden.

Maßnahmen zur Begrenzung illegaler Migration



Das will die CDU:

- Die Aufnahmekapazitäten sind erschöpft. Beibehaltung der „Begrenzung“ der Zuwanderung als Gesetzesziel. Maximal sollen 200.000 Asylbewerber pro Jahr aufgenommen werden.
- Ausweitung der Kontrollen und der Schleierfahndung an den deutschen Grenzen, um illegale Einreisen zu unterbinden und Zurückweisungen durchzuführen.
- Einrichtung von Transitzonen und Rückkehrzentren mit dem Ziel, ein beschleunigtes Verfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive an den Grenzen durchführen zu können.
- Stopp freiwilliger Bundesaufnahmeprogramme.
- Aussetzung des Familiennachzugs für abgelehnte Asylbewerber mit Schutzberechtigung.
- Einstufung von mehr Ländern als sichere Herkunftsstaaten, um Abschiebungen deutlich zu beschleunigen. Revitalisierung des EU-Türkei-Abkommens und Abschluss eines EU-Tunesien-Abkommens.
- Vorlage eines Gesetzentwurfs zur beschleunigten Durchführung von Asylverfahren für Menschen aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von unter 5 Prozent.
- Sachleistungen statt Bargeld bei Asylbewerberleistungen. Einführung einer bundeseinheitlichen Chipkarte als Bezahlkarte.
- Weitere Verringerung der Attraktivität der irregulären Migration. Schaffung eines Sozialleistungsniveaus unterhalb des Bürgergeldniveaus für abgelehnte Asylbewerber und Personen im Asylverfahren. Verlängerung von Wartefristen auch für die Gleichstellung in der Krankenversicherung.
- Einführung gemeinnütziger Arbeit für anerkannte Asylbewerber, um diese besser zu integrieren und an den Arbeitsmarkt heranzuführen.
- Die über 300.000 ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland konsequent abschieben. Bleiberechtsmöglichkeiten und Hürden bei Rückführungen beseitigen.
- Absehen von Gesetzesänderungen, die zusätzliche Anreize für illegale Migration darstellen (insb. Erleichterung der Einbürgerung, Ausweitung des Familiennachzugs).
- Zügige Verhandlung von Rückübernahmeabkommen mit relevanten Staaten, um Ausreisepflichten besser durchsetzen zu können.
- Ausstattung der Bundespolizei mit modernster Grenzschutztechnik.
- Finanzielle und personelle Unterstützung der EU-Außengrenzenstaaten und der Grenzschutzagentur FRONTEX beim Grenzschutz.
- Rechtliche Grundlage für die Durchführung von Asylverfahren in Drittstaaten schaffen.
- Angleichung der Sozialstandards in der EU für Asylbewerber. Gewährung von Sozialleistungen nur im zuständigen Mitgliedsstaat.
- Weiterreisen von Asylbewerbern in der EU unterbinden.